

Protest in Den Haag gegen schlechtere Arbeitsbedingungen beim Europäischen Patentamt

Es ist wie eine Rückkehr zu den traurigen alten Tagen beim Europäischen Patentamt. Am vergangenen Donnerstag protestierten Hunderte von EPA-Mitarbeitern vor der portugiesischen Botschaft in Den Haag gegen mangelnde Gerechtigkeit und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beim EPA. Außerdem sind sie besorgt darüber, wie die Unternehmensleitung Reformen ohne angemessene Rücksprache mit den Arbeitnehmervertretern vorantreibt.

Es war das erste Mal, dass in Den Haag unter dem Vorsitz von EPA-Präsident António Campinos protestiert wurde, der die portugiesische Staatsangehörigkeit besitzt. Im vergangenen Monat wurde in München eine Demonstration rund um die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses organisiert.

Campinos trat sein Amt im Juli 2018 nach Jahren der Unruhen und Konflikte unter seinem Vorgänger Benoît Battistelli an. Trotz vieler Gespräche mit Mitarbeitern und Zusagen zur Verbesserung des sozialen Klimas hat seine Präsidentschaft viele enttäuscht. Deshalb lautete die Ankündigung der Demonstration am Donnerstag, die von der Gewerkschaft IGEPa organisiert wurde, auch wie folgt:



„Battistelli und seine Administration brachen das Rechtssystem des EPAs und ignorierten die Rechtsgrundsätze. Sie führten Disziplinarverfahren gegen IGEPa-Vertreter und entließen sie aufgrund falscher Anschuldigungen. Sie haben Karrieremöglichkeiten auf brutale Weise zerstört, indem sie weder einen anständigen beruflichen Werdegang für junge Kollegen noch einen anständigen Übergang für ältere Kollegen respektierten. Herr Campinos hat keine der von seinem Vorgänger eingeleiteten Reformen korrigiert und beabsichtigt jetzt, die Arbeitsbedingungen ALLER Mitarbeiter weiter zu verschlechtern. (...) Wir werden der portugiesischen Botschaft eine Petition überreichen, um sie auf die aktuelle Situation aufmerksam zu machen, die Herr Campinos nicht nur billigt, sondern sogar noch verschlimmern will. Die EPA-Mitarbeiter müssen sich wieder zu Wort melden und dem Präsidenten eine klare Botschaft übermitteln. Kommt zahlreich, demonstriert und kämpft für eure Rechte!“

Anonymität

Demonstranten in Den Haag sagten dem regionalen öffentlich-rechtlichen Sender Omroep West, dass es Campinos nicht gelungen sei, den sozialen Dialog mit den Mitarbeitern wiederherzustellen. Einer von ihnen sagte: „Die Ursache liegt in dem ansonsten unveränderten Führungspersonal des Präsidenten. Deshalb ändert sich auch mit einem neuen Präsidenten nichts.“ Der Demonstrant wollte nur anonym mit Omroep West sprechen und sagte: „Beim EPA herrscht eine Angstkultur. Selbst bei diesem Interview fühle ich mich schon unbehaglich. Wenn man mich auf Fotos erkennt, wird das sicherlich Konsequenzen am Arbeitsplatz haben. Deshalb möchten wir nicht, dass derartige Bilder veröffentlicht werden.“

Die Mitarbeiter sind besonders besorgt über die Kostensenkungspläne des EPAs, die nach Ansicht des Amtes unvermeidbar sind, um eine langfristige finanzielle Gesundheit aufrechtzuerhalten. Diese Schlussfolgerung basiert auf der Finanzstudie 2019, die von Mercer und Oliver Wyman durchgeführt wurde. Mithilfe der Studie sollte festgestellt werden, „inwieweit finanzierte und nicht finanzierte Leistungen im Jahr 2038 durch Pensionsvermögen oder verfügbare Barüberschüsse gedeckt sind“. Schlussfolgerung: Die „Finanzstudie 2019 zeigt eine Deckungslücke in allen Bereichen, mit Ausnahme des optimistischen Szenarios im Jahr 2038 (...). Als entscheidender nächster Schritt sollten potenzielle Maßnahmen ermittelt werden, die das EPA-Management in Betracht ziehen kann, um die Lücke zu schließen und die finanzielle Tragfähigkeit des Amtes zu gewährleisten. Es sind geeignete Maßnahmen erforderlich, um die Finanzierungslücke zu verringern, den verfügbaren Barüberschuss zu erhöhen oder eine Kombination aus beidem zu erzielen.“

Die Finanzstudie ist in diesem Blog bereits in einem Beitrag von Thorsten Bausch kritisiert worden. Er signalisierte einen bemerkenswerten Kontrast zwischen der Finanzstudie 2019 und dem Erfolgsbericht 2018 der Battistelli-Administration, in dem es hieß: „Im Zeitraum 2010-2017 wurden hohe Barüberschüsse erzielt (+2,4 Mrd. EUR), und das EPA befindet sich nun in einer insgesamt stärkeren finanziellen Position hinsichtlich der Finanzierung künftiger Verbindlichkeiten und seiner Finanzen.“

Bausch erörterte die Finanzstudie ausführlicher, bevor er wie folgt schloss: „Ich möchte zusammenfassend sagen, dass es sich um einen reinen Mythos handelt, dass das EPA ‚arm‘ ist und deshalb aktive Maßnahmen zur Kostensenkung – insbesondere bei den Personal- und Rentenkosten – erforderlich sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die Mitarbeiter sind nachweislich effektiver geworden, und wenn überhaupt, sollten Sie meiner Meinung nach eher eine Belohnung erhalten.“

ZPA: „Kein Kontakt“

Bausch war sicherlich nicht der Einzige, der die Ergebnisse der Studie in Frage stellte. In diesem Dokument vom 29. Oktober 2019 wies der Zentrale Personalausschuss (ZPA) des EPAs darauf hin, dass sich der Reservefonds für Pensionen und soziale Sicherheit (RFPSS) „auf einem historischen Höchststand befindet und bereits das Niveau erreicht hat, das die Finanzstudie erst für 2025 vorausgesagt hat. Die diesjährige Rendite liegt bei über 11 % und ist damit die zweitbeste in der Geschichte des RFPSS. Dadurch werden die Verluste des vergangenen Jahres mehr als nur ausgeglichen. Der EPA-Investmentfonds ‚EPOTIF‘ (EPO Treasury Investment Fund) hatte wahrscheinlich ähnliche Ergebnisse. Es ist auch nicht ersichtlich, inwiefern eine steigende Nachfrage nach europäischen Patenten in ein Szenario passt, in dem das EPA die Gebühren nicht mehr auf einem Niveau festlegen kann, das seinen Bedarf deckt.“

Der ZPA wies auch auf den enormen Unterschied zwischen den Berichten 2018 und 2019 hin: „Zu Beginn seiner Amtszeit beauftragte Herr Campinos zwei weitere Berater (Mercer und Oliver Wyman GmbH) mit der Durchführung der ‚Finanzstudie 2019‘, die zu dem Schluss kommt, dass das EPA in großen Schwierigkeiten steckt. Diese Studie kam nur wenige Monate, nachdem sein Vorgänger Battistelli die Ergebnisse der vorangegangenen Finanzstudie vorgestellt hatte, in der er das genaue Gegenteil auf der Grundlage der von ihm durchgeführten Reformen (d.h. Gehaltskürzungen) behauptete.“

Die Arbeitnehmervertreter sind nach Angaben des ZPA von den Diskussionen über die finanzielle Zukunft ausgeschlossen worden: „Während diese beiden Studien durchgeführt wurden, gab es keinen Kontakt zum ZPA. Was die ‚Finanzstudie 2019‘ betrifft, ist der ZPA im neu geschaffenen ‚Lenkungsausschuss Finanzstudie‘ nicht vertreten, auch nicht als Beobachter.“

Nach diesen Gesprächen hinter verschlossenen Türen legt das Amt eine Finanzstudie vor, die im Widerspruch zu den etablierten Beratern PPCmetrics und AAG steht und beispiellose Vermutungen äußert, denen zufolge eine Dringlichkeit entsteht, von der selbst der Präsident sagt, dass sie heute nicht erkennbar ist, sondern vielleicht in 20 Jahren.“

„Keine Lücke zu schließen“

Bemerkenswert kritisch war auch Curt Edfjäl, der Vorsitzende der Pensionistenvereinigung des EPAs und ehemaliger EPA-Vizepräsident, der für Verwaltung und Finanzen zuständig war. Mitte Oktober übermittelte er dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem EPA-Verwaltungsrat eine [Analyse](#), in der er die Deckungslücke und die Art ihrer Berechnung in Frage stellte. Die Zusammenfassung sagt alles: „(...) Aus den in diesem Dokument dargelegten Gründen kommt die Vereinigung zu dem Schluss, dass die negative Größe der Deckungslücke weitgehend überschätzt wird. Die geplanten Maßnahmen, die schwerwiegende finanzielle Auswirkungen auf unsere derzeitigen und künftigen Mitglieder haben könnten, hängen von der Größe der berechneten Lücke ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss und der Verwaltungsrat werden ersucht, das Amt aufzufordern, eine realistischere Berechnung der Größe der Lücke vorzunehmen, bevor dem Verwaltungsrat im Juni 2020 die endgültigen Maßnahmen vorgestellt werden.“

Und weiter: „Unsere Analyse zeigt, dass man argumentieren könnte, dass es keine Lücke gibt, die geschlossen werden muss.“

Umgehung von Arbeitnehmervertretern

Trotz der Kritik scheint das Management entschlossen zu sein, wie geplant vorzugehen, und hat Berichten zufolge einen innovativen Weg gefunden, um zu hören, was die Mitarbeiter für den richtigen Weg halten. Anstatt Maßnahmen mit den Personalvertretern im ZPA oder in der IGEPA zu besprechen, was bei einem so komplexen Thema am logischsten wäre, haben alle Mitarbeiter individuelle Anfragen erhalten, um den Teamleitern mitzuteilen, welche der zehn vorgeschlagenen

Maßnahmen zur Kostensenkung sie bevorzugen würden. Sie können ihre Antworten spätestens nächste Woche an ihre Vorgesetzten weiterleiten. Erst dann sollen vier Vertreter aus dem Kreis der gewählten LPA- und ZPA-Mitglieder nominiert und eingeladen werden, die Vorschläge mit vier Mitgliedern des Senior Management Teams zu diskutieren.

Warum die Geschäftsleitung sich dafür entschieden hat, alle Mitarbeiter einzeln zu kontaktieren, wurde nicht klargelegt. Aber es ist ziemlich seltsam und unangebracht, so vorzugehen, ohne die offiziellen Personalvertreter zu konsultieren und sie stattdessen zu umgehen. Wenn Präsident Campinos und das EPA-Management unter dieser Vorgehensweise den „sozialen Dialog“ verstehen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Unzufriedenheit der Mitarbeiter nicht so bald nachlassen wird und weitere Demonstrationen und Streiks zu erwarten sind.